

Präventionsrat

STADT FRANKFURT AM MAIN

Vorsitzende: Oberbürgermeisterin Petra Roth

ZENTRALE PROJEKTE FÜR SICHERHEIT UND PRÄVENTION



9. Deutscher Präventionstag am 17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart

Bereits zum 2. Mal präsentierte der Frankfurter Präventionsrat auf dem Deutschen Präventionstag die Kampagne "Gewalt-Sehen-Helfen".

Der Deutsche Präventionstag will die Kriminalprävention in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darstellen und stärken. Er findet seit 1995 als jährlich stattfindender nationaler Kongress an wechselnden Veranstaltungsorten statt und richtet sich an alle Verantwortungsträger der Kriminalprävention.

Gemeinsam mit dem Frankfurter Polizeipräsidium stellte die Geschäftsstelle des Frankfurter Präventionsrates auf der Ausstellung in der Stuttgarter Liederhalle dem bundesweiten Fachpublikum die Kampagne vor. Die Kampagne, die für mehr Zivilcourage wirbt, wurde bereits 1997 ins Leben gerufen und begleitet seit dem das gesellschaftliche Leben in Frankfurt. Auch andere Städte, wie z.B. Kassel und Chemnitz, sehen die Notwendigkeit der Förderung von Zivilcourage und haben die Kampagne für ihren Bereich übernommen.

An einem eindrucksvollen Stand wurde alle bisher entwickelten Medien der Kampagne, wie zum Beispiel die Plakate, der Handzettel und verschiedene Videofilme gezeigt und interessierten Besuchern erläutert. Am letzten Kongresstag wurden Fachkollegen zu einem gemeinsamen "Hessentreff" am Frankfurter Stand bei Apfelsaft und Brezel eingeladen.



Neben der Ausstellung fand eine Vortragsreihe statt, bei der Frank Goldberg, Geschäftsführer des Präventionsrates, über die Kampagne "Gewalt-Sehen-Helfen" als auch über "Vernetzte Stadtteilprävention" am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main referierte.

Fairnesspreis im Frankfurter Sport

Gerade im Mannschaftssport in den Stadtteilen ist der Ausländeranteil besonders hoch. Auch bekannt gewordene Zwischenfälle von Gewaltausbrüchen auf dem Spielfeld und bei den Zuschauern spielen sich leider viel zu häufig in der multikulturellen Szene ab. Aus diesem Grund hat der Präventionsrat in Zusammenarbeit mit dem Sportamt und dem Sportkreis Frankfurt einen Fairnesspreis ins Leben gerufen, der mit einfachen Vorgaben bei solchen Turnieren vergeben werden kann. Vorgestellt und erstmals ausgespielt wurde der Preis im Dezember bei dem Jahresabschlussturnier des Präventionsprojektes „Nachtsport in Frankfurt“. Gerade an den Mitternachtssportturnieren nehmen überwiegend ausländische Jugendliche und junge Erwachsene teil (2004 bei 93 Veranstaltungen 15.000 Besucher).

Häusliche Gewalt

„Mehr häusliche Gewalt angezeigt“ oder auch „Zunahme häuslicher Gewalt“. Diese Schlagzeilen waren im Jahre 2004 häufiger zu lesen. Grund hierfür ist eine erhöhte Bereitschaft der Betrof-

fenen, als Zeugin oder Zeuge solche Delikte anzuzeigen, und das Dunkelfeld im Rahmen der häuslichen Gewalt deutlich aufzuhellen. Dies führt die Polizei auf eine intensivierte Öffentlichkeitsarbeit, auch durch die Kampagne „Gewalt ist nie privat“, zurück. Insgesamt wurden nach Polizeiberichten im Jahre 2003 699 Fälle von häuslicher Gewalt in Frankfurt am Main zur Anzeige gebracht.

Mit dem Deutschen Meister im Basketball, den Opel Skyliners, konnte ein neuer Werbeträger gefunden werden, der die

Kampagne „Gewalt ist nie privat“ mit einem neuen Plakat und dem Slogan „Ein Team – eine Stimme – Gewalt ist nie privat“ unterstützt. Die Plakate wurden der Öffentlichkeit bei einem Spiel am 05.12.2004 vorgestellt. Basketball ist als eine relativ gewaltfreie Sportart bekannt und die Mannschaft der Opel Skyliners setzt

OPEL SKYLINERS

EIN TEAM, EINE STIMME.

„GEWALT IST NIE PRIVAT!“

Ein Initiative des Präventionsrates der Stadt Frankfurt am Main

Gewalt ist nie privat

M. Dornier Stiftung FRAUEN KICKEN! SPORTS FÜR ALLE

Gewaltfrei kommt man weiter. Im Sport wie in der Partnerschaft. Deshalb unterstützen auch die OPEL SKYLINERS die Kampagne gegen häusliche Gewalt. Interessierte und Betroffene wenden sich an: Beratungsstelle Frauennotruf: 069/70 94 94

sich aus Spielern verschiedener Nationen zusammen. Mit diesem neuen Konzept soll deshalb nicht nur die Jugend sondern auch die ausländischen Mitbürger unserer Stadt angesprochen werden.

Das Thema wurde in dem AK Frauen auch unter dem Gesichtspunkt Migrantinnen und Migranten intensiv bearbeitet. Als Referentinnen wurden die Ausländerbeauftragte der Polizei, Frau Vucelic, Flüchtlinge und posttraumatische Belastungsstörungen und Frau Bodien, Amt für Wohnungswesen eingeladen, damit sich der Arbeitskreis einen Eindruck über die verschiedenen anstehenden Problemlagen machen kann, um dann konkrete Ziele formulieren zu können. Zum Thema Wohnen wurde beispielsweise aufgezeigt, dass Frauen häufig nur den näheren Umkreis der Wohnung, eventuell auch noch den Stadtteil kennen und oftmals die Wohnung nicht verlassen dürfen. Festzustellen ist, dass viele Migrantinnen ein anderes Verständnis von Gewalt haben und nicht um deren Strafbarkeit und ihre Rechte wissen.

In der Stadtbücherei fand in der Zeit vom 11. bis 28.05.2004 eine Ausstellung zu dem Thema „Gewalt gegen Frauen - die Dinge beim Namen nennen“, die von Herrn Stadtrat Dr. Magen eröffnet wurde, statt. Die Ausstellung wurde von der GTZ zusammengestellt und zeigte persönliche Beiträge von Frauen und Männern aus verschiedenen Ländern zum Thema „Gewalt gegen Frauen im Alltag“. Durch die in der Stadtbücherei hergestellte Öffentlichkeit wurde diese Ausstellung auch von sehr vielen Besuchern wahrgenommen, die für dieses Thema ansonsten nicht hätten gewonnen werden können.

Das Thema „Häusliche Gewalt“ einer breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen wird von dem AK Frauen auch in 2005 als wichtigste Aufgabe gesehen. Auch die weitere Vernetzung und Zusammenarbeit der vorhandenen Institutionen und Arbeitskreise wird ein Ziel des Arbeitskreises sein.

Jugendschutz und Alcopops

Alkohol und Zigaretten sind bei Kindern und Jugendlichen immer beliebter. Sogar 9-10jährige Kinder sind mittlerweile im Stadtbild mit Zigaretten zu sehen.

Die Geschäftsstelle des Präventionsrates hat im Jahre 2004 daher eine umfassende Jugendschutzaktion durchgeführt. Alle Frankfurter Schulen wurden mit einem Jugendschutzplakat und weiteren Informationen zum Jugendschutzgesetz ausgestattet. Es ist notwendig, dass besonders auf die eingewirkt wird, die Alkohol und Zigaretten verkaufen und abgeben. Es haben daher in den Stadtteilen mit Regionalräten lokale Jugendschutzbegehungen stattgefunden. Supermärkte, Kioske, Getränkeläden und Tankstellen wurden von Mitgliedern der Regionalräte und der Polizei aufgesucht und über ihre Verpflichtung gegenüber dem Jugendschutzgesetz aufgeklärt. Bei diesen Begehungen wurde leider festgestellt, dass nach wie vor Alcopops bei 11-15jährigen ganz oben auf der Beliebtheitskala, insbesondere bei Mädchen, stehen.

Laut einem Situationsbericht der WHO in Deutschland, werden von Jugendlichen durchschnittlich 4-5 Alcopops konsumiert, was einer Schnapsmenge von einer halben Flasche harten Alkohols darstellt. Die Geschäftsstelle hat daher auch den Stadtverband der Frankfurter Vereinsringe angeschrieben und gebeten, auf Stadtteilfesten und Vereinsfesten auf den Ausschank und Verkauf von Alcopops zu verzichten. Ferner wird bei jeder gaststättenrechtlichen Genehmigung ein Begleitblatt zum Jugendschutzgesetz ausgehändigt und auf die Gefahren von Alcopops hingewiesen.

Das Stadtgesundheitsamt begleitete die Jugendschutzaktion mit einer Aufklärungs- und Beratungskampagne über die gesundheitlichen Gefahren.

Diese Frankfurter Jugendschutzaktionen wurden in der Regionalkonferenz Sicherheit und Prävention zusammen mit weiteren Ideen und Vorhaben anderer Kommunen Bestandteil des Regionalprogramms Alcopops. Dieses Rahmenprogramm weist auch auf die Notwendigkeit unvorhergesehener und umfassender Kontrollen hin, damit Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz auch sanktioniert werden. Die Frankfurter Maßnahmen zum Jugendschutzgesetz werden 2005 speziell auch auf den Frankfurter Großveranstaltungen und Festen umgesetzt. Mit umfassender Aufklärung und Beratung und Kontrollen werden Polizei, Geschäftsstelle des Präventionsrates, Ordnungsamt, Gesundheitsamt und freie Träger bei der und Einhaltung des Jugendschutzgesetzes zusammenwirken.

Berücksichtigung von kriminalpräventiven Aspekten bei der Stadtplanung und bei Bauvorhaben

Auch wenn Kriminalität vor allem im sozialen Bereich begründet liegt, ist eine Wechselwirkung mit dem räumlichen Umfeld, in dem Straftaten entstehen, unbestritten. Sei es, dass die Örtlichkeit besonders günstige Tatgelegenheiten für den Täter bietet oder sei es, dass die Örtlichkeit den Passanten subjektiv verunsichert und zu einem geeigneten Opfer werden lässt.

Die Berücksichtigung kriminalpräventiver Belange bereits bei Stadtplanung und bei der Realisierung von Bauvorhaben ist daher nur folgerichtig. Denn nur hier können auf Dauer zukünftige Tatorte und Angst-Räume vermieden werden, was nicht zuletzt zu mehr Lebensqualität und weniger Strafdelikten beitragen kann.



In einem gemeinsamen Pilotprojekt gelang es dem Präventionsrat und dem Polizeipräsidium ein Sicherungskonzept bei dem Wohnungsbauprojekt „Dornbuschhöfe“ konkret umzusetzen. Zuvor wurden in Gesprächen mit der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Hessen mbH (GWH) kriminalpräventive Aspekte besprochen, die man dann bei der Planung berücksichtige und beim Bau umsetzte. Dafür erhielt das Wohnprojekt das polizeiliche Gütesiegel „Ausgezeichnete Wohnsicherheit“, das eine Wertsteigerung für den Käufer als auch für den Verkäufer darstellt. Gespräche mit der Versicherungsbranche, die Sicherheitsstandards bei der Bemessung der

Versicherungsbeiträge zu berücksichtigen, sind vorgesehen. Stadtrat Schwarz forderte auch die anderen städtischen Wohnungsbau-gesellschaften auf, ähnlich bei deren Bauvorhaben zu verfahren.

Um bei den laufenden Stadtplanungsvorhaben Belange der Kriminalprävention einzubringen fand sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Polizeilichen Beratungsstelle, der Geschäftsstelle des Präventionsrates und des Stadtplanungsamtes, zusammen. In regelmäßigen Treffen werden relevante Planungen aus dem Blickwinkel der Sicherheit erörtert. Die Erarbeitung von Grundsätzen und Leitlinien für Bauherren, Architekten und Stadtplanern soll ein nächster Schritt sein.

5. Frankfurter Fachkonferenz Prävention

Schon seit fünf Jahren treffen sich einmal jährlich Vertreter vieler Frankfurter Institutionen, um sich über aktuelle Erfahrungen und Erkenntnisse aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen auszutauschen. Ziel der Konferenz ist, neue gesellschaftliche Trends, Tendenzen und Veränderungen möglichst frühzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren.

Am 10. November 2004 waren dabei: Vertreter der Polizei, der Staatsanwaltschaft, des Amtsgerichtes, des Deutschen Kinderschutzbundes, des Dezernats Schule und Bildung, des Jugend- und Sozialamtes, des Kinderbüros, des Staatlichen Schulamtes, des Drogenreferats, der Volkshochschule, des Schultheater-Studios

Frankfurt, der Frankfurter Familienbildungsstätten / Zentrum Familie, des Präventionsrates sowie des Instituts für Sozialarbeit als Gastgeber.

Spezielle Themen wie „Gewaltfreie Erziehung in Familien mit Migrationshintergrund“, „Gewalt gegen Frauen“ und „Gewalt im Sport“ wurden in Workshops aufgearbeitet und in der Konferenz vorgestellt. Aktuelle Trends wie der Boom an Neueröffnungen von Internetcafés im ganzen Stadtgebiet sowie die bei Kindern und Jugendlichen beliebten Alcopops standen auf der Tagesordnung. Ein wichtiges Ergebnis der Fachkonferenz war, dass man alle auf dem Gebiet der Prävention vorhandenen Angebote erfassen und bewerten will. Mit einer solchen Zusammenstellung kann dann in Beratungsgesprächen gezielt und besser weitergeholfen werden.

Sicherheit und besondere Lebenslagen älterer Menschen Eine Untersuchung der Geschäftsstelle des Präventionsrates der Stadt Frankfurt am Main

(Auszug aus dem Gesamtbericht)

Die ältere Generation wird von den Folgen der Kriminalität härter betroffen als jüngere Menschen. Sie sind zwar nicht häufiger Opfer von Straftaten, doch haben sie psychisch und physisch stärker darunter zu leiden. Im Vergleich zu anderen Altersklassen fallen ältere Menschen den Straftätern nur wenig zum Opfer, gleichwohl ist die Furcht vor Verbrechen stärker ausgeprägt.

Die Beurteilung des Sicherheitsgefühls älterer Menschen kann nicht isoliert von den individuellen und lokalen Lebensbedingungen vorgenommen werden. Während z.B. Opfererfahrung Dritter, das öffentliche Straßenbild mit seinen „incivilities“ (Verwahrlosungstendenzen und offenkundigen asozialen Verhaltens) die Verbrechensfurcht meist jüngerer Menschen bestimmt, so spielen bei älteren Menschen affektive (gefühlsbetonte) Elemente eine große Rolle. Zudem ist mit zunehmendem Alter auch die Angst vor Veränderung, Fremdem und Neuem verstärkter ausgeprägt. Soziale Integration, Geborgenheit in der Gemeinschaft sind hingegen Komponenten, die das Sicherheitsgefühl gerade der Seniorinnen und Senioren positiv mitbestimmen.

Neben der Telefonumfrage und der schriftlichen Befragung im Rahmen der städtischen partizipativen Altenplanung hat die Geschäftsstelle unter Mitarbeit der Regionalräte Befragungen in 11

Stadtteilen durchgeführt, um die lokalen Besonderheiten sowie individuellen Lebensumstände in die Untersuchung einzubeziehen und mit schon vorhandenen Daten und Informationen zum Sicherheitsgefühl des Altersdurchschnitts vergleichen zu können.

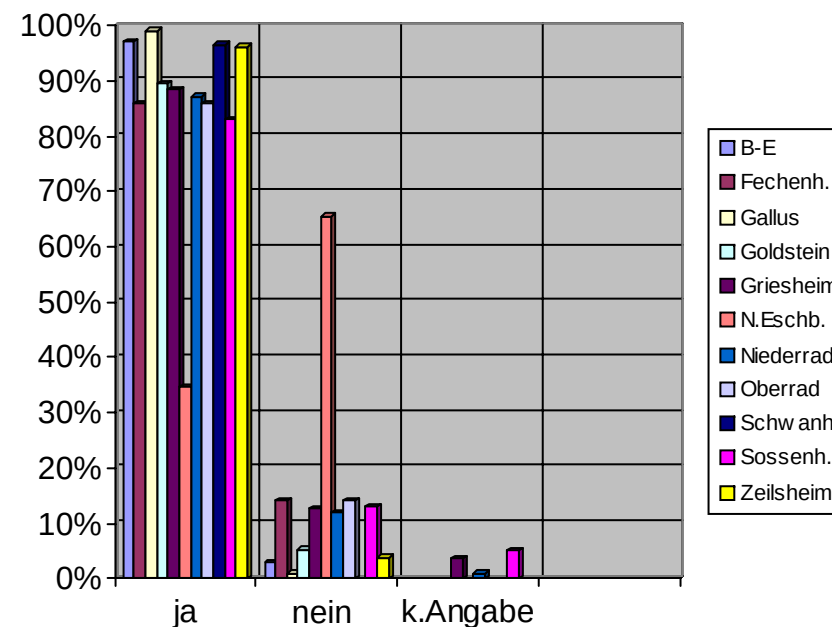
Ingesamt lagen der Untersuchung folgende Befragungsergebnisse zu Grunde:

50+ Zusammenstellung der Gesamtanzahl von eingegangenen und ausgewerteten Fragebogen aller Stadtteile:

Stadtteil	eingegangene Fragebogen	ausgewertete Fragebogen
Bergen Enkheim	106	103
Fechenheim	85	84
Gallus	117	115
Goldstein	123	113
Griesheim	112	112
Nieder Eschbach	53	53
Niederrad	142	130
Oberrad	74	74
Schwanheim	58	58
Sossenheim	115	115
Zeilsheim	88	86
Nied	24	nicht ausgewertet
Sindlingen	18	18
Frankfurter Berg	keine Beteiligung	
Gesamt	1115	1061

Frage	Auswertung
Ich fühle mich sozial im Stadtteil eingebunden	Die überwiegende Mehrheit der befragten Senioren fühlen sich in ihrem Stadtteil eingebunden
Ja	
Nein, weil.....	97,0 % Bergen Enkheim
	99,1 % Gallus
	96,5% Schwanheim
	96,2% Zeilsheim
	89,4% Goldstein
	88,3% Griesheim
	87,2% Niederrad
	85,9% Fechenheim
	85,9% Oberrad
	83,0% Sossenheim
	Auf der anderen Seite fällt Nieder Eschbach/Am Bügel auf, wo nur 34 % der Befragten sich eingebunden fühlen.

50+ Ich fühle mich sozial eingebunden



Fazit:

1. Senioren fühlen sich in dem Stadtteil, in dem sie schon lange wohnen, wo sie selbst geboren und groß geworden sind, heimisch und sozial eingebunden.

2. Die Dauer des Wohnens ist ein maßgebliches Kriterium für das Eingebundensein im Stadtteil. Auch in Stadtteilen mit schwieriger Sozialstruktur (Gallus, Sossenheim, Griesheim) fühlen

sich die Menschen eingebunden, wenn sie dort längere Zeit wohnen oder dort groß geworden sind.

Auf der anderen Seite, wie das Beispiel „Am Bügel“ zeigt, fühlen sich ältere Menschen in Stadtteilen oder Siedlungen sozial nicht eingebunden, wenn in diese neuen Quartiere ältere Menschen einziehen, das Umfeld aber nicht homogen gewachsen ist und befremdlich erscheint.

Beispiele:

- ❖ Zu viele Ausländer
- ❖ Es kümmert sich keiner um mich
- ❖ Es gibt keine Angebote für ältere Menschen

3. Auch in Stadtteilen mit guter Sozialstruktur (z.B. Oberrad, Niederrad) fühlen sich

rund 15 % der Befragten sozial nicht eingebunden. Gründe hierfür sind z.B.:

- ❖ Einsamkeit
- ❖ kürzlich erst umgezogen
- ❖ liegt an mir selbst
- ❖ **mangelnde Mobilität**

Gerade mangelnde und eingeschränkte Mobilität ist häufig die Ursache für Einsamkeit und dem Gefühl des Ausgeschlossenenseins und damit sozial nicht eingebunden zu sein.

50+ Sicherheit

Sicherheit im Stadtteil:	Sehr sicher und eher sicher fühlen sich in	
Wie sicher fühlen Sie sich in ihrem Stadtteil?	Bergen-Enkheim	83,4 %
	Vergleichszahl*	(59,1%)
sicher	Oberrad	72,6%
eher sicher	Vergleichszahl*	(78,7%)
sehr unsicher	Schwanheim	71,2%
eher unsicher	Vergleichszahl *	(73,2%)
weiß nicht	Fechenheim	27,9 %
	Vergleichszahl*	(43,2%)
	Goldstein	50,0 %
	Griesheim	43,8 %
	Sossenheim	48,6 %
	Zeilsheim	47,2 %
	Gallus	34,8 %
	Am Bügel	18,5 %
	Vergleichszahl*	(17,8%)
	* im Altersdurchschnitt	
	Vergleich:	
	Befragung der Mieter der ABG Holding	
	41 %	
	<u>Befragung Sossenheim:</u>	
	Sicher /eher sicher	
	a) Wohngebiet	48 %
	b) Auf der Straße	41%
	c) Bus/Bahn	45%
	d) zu Hause	81%

PRÄVENTION REGIONAL

DEZERNAT BILDUNG, UMWELT UND FRAUEN

Das Dezernat für Bildung, Umwelt und Frauen der Stadt Frankfurt engagierte sich im Jahre 2004, wie auch schon in den Vorjahren im Bereich der Gewaltprävention an Schulen und Kindertagesstätten. Dabei bildeten für die Präventionsbroschüre für Eltern und Kindertagesstätten und das Grundschulprojekt „UNITED PAINTINGS – Für Freundschaft ohne Grenzen“ die Schwerpunkte. Diese und weitere einzelne Projekte sind nachfolgend kurz umrissen:

Die Präventionsbroschüre **„Der hat aber angefangen ... !“ - Umgang mit Konflikten in Kita und Elternhaus** stellt sich dem immer wiederkehrenden Problem der Konflikte von Kindern untereinander und wie die Erziehenden damit umgehen können. Dass daraus keine verbalen oder aggressiven Übergriffe entstehen müssen, sondern ein Lernprozess über Konfliktlösungskompetenzen entstehen kann, dazu gibt es viele gute Beispiele. Wie das funktionieren kann und wo die Grenzen dabei liegen, zeigt ein Erfahrungsüberblick vornehmlich aus der Arbeit der städtischen Kindertagesstätten.

Die Broschüre ist im März 2004 in einer Auflage von 2000 Exemplaren, die bis zum Jahresende fast vergriffen waren.

Das internationale Grundschulprojekt **„UNITED PAINTINGS – Für Freundschaft ohne Grenzen“** fand am 15. Juli 04 auf dem Römerberg seinen Höhepunkt. 2.000 Kinder aus Frankfurter Grund-

schulen und 600 Kinder aus befreundeten Auslandsschulen haben das Freundschaftsbanner um 600 Meter auf 3,2 km verlängert. Davon wurde soviel Banner, wie die Kinder tragen konnten öffentlich in einer Demonstration präsentiert. Delegationen aus Dublin und Lyon waren nach Frankfurt gereist, um stellvertretend für die Teilnahme aller ausländischen Schulen zu fungieren. Einige kleine Teilnehmer/innen konnten ihre Meinung öffentlich und in ihrer Muttersprache kundtun: „Ich bin für Freundschaft ohne Grenzen“.

Die Aktion wurde vom Dezernat VI organisiert, von Sponsoren finanziert und mit 8 Auszubildenden der Stadt Frankfurt am Main sowie 12 Präventionshelfern realisiert. UNITED PAINTINGS fand große Medienbeachtung.

Weitere Einzelprojekte, die der Prävention und der Förderung von Toleranz dienen, wurden häufig in Kooperation mit externen Partnern realisiert:

Die Preisverleihung des ersten „**Stand-Up-Award**“ **Schülerwettbewerb „Menschenrechte“** fand am 14. Januar 04 in Kooperation mit Amnesty International statt. Der Wettbewerb soll zur Menschenrechtserziehung beitragen und Kenntnisse über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vermitteln. Insgesamt hatten sich über 100 Schüler/innen von 6 Frankfurter Schulen beteiligt. Amnesty International will den Wettbewerb alljährlich ausschreiben. Die diesjährigen Bewerbungen konnten bis zum 1. Dezember 04 eingereicht werden. Die Preisverleihung findet wieder im Januar 05 unter der Schirmherrschaft von Frau Stadträtin Jutta Ebeling statt.

Junior-Botschafter für Kinderrechte wurde bundesweit von UNICEF ausgeschrieben und hier in der Frankfurter Paulskirche am 07. Juni 04 verliehen. Alle Frankfurter Schulen waren eingeladen, sich zu beteiligen, wovon viele auf kreative Weise Gebrauch machten. Eine erneute Ausschreibung ist geplant.

Darüber hinaus wurden die bewährten **Gewaltpräventionskurse des Schultheaterstudios** für Frankfurter Schulen weiterhin gefördert.

3 Pilotschulen testen das Präventionsprojekt „**Judo ohne Grenzen**“: Liebigschule, Bettinaschule und Victor-Hugo Schule.

Jutta Streibel

FRANKFURTER KINDERBÜRO

"coolsein - coolbleiben"

Auch im Jahr 2004 hat das Frankfurter Kinderbüro unter dem Motto „cool sein – cool bleiben“ wieder einen Beitrag zur Gewaltprävention geleistet. Inhalt des Projektes sind Hintergründe gewalttätiger Auseinandersetzungen und das Lernen deeskalierender Verhaltensweisen. Dies geschieht im Dialog mit den Kindern und Jugendlichen, weil nur so Akzeptanz bei ihnen erreicht werden kann. „cool sein – cool bleiben“ ist ein Projekt für Kinder und Jugendliche der Sekundarstufe I (siehe auch Beitrag des Kinderbüros im Geschäftsbericht 2000 des Frankfurter Präventionsrates).

Es fanden Seminare zu „cool sein – cool bleiben“ für Multiplikatoren im Frankfurter Kinderbüro statt. Darüber hinaus wurden in vielen Frankfurter Schulen pädagogische Tage zu diesem Thema durchgeführt.

Im Gegensatz zu vorangegangenen Jahren wurden keine einzelnen Trainings für Schulklassen angeboten. Es hat sich gezeigt, dass ein Konzept zur Gewaltprävention nur dann greift, wenn es an den Schulen verantwortliche Pädagogen gibt, die den Inhalt von „cool sein – cool bleiben“ an die Schülerschaft weitergeben. Im konkreten Konfliktfall sind eben diese Fachkräfte vor Ort und für die Schülerinnen und Schüler ansprechbar und können tätig werden.

Diese Arbeit wird das Frankfurter Kinderbüro auch im Jahr 2005 fortsetzen.

Jutta Lederer-Charrier

INSTITUT FÜR SOZIALARBEIT E. V.

SICHERHEITSBERATUNG FÜR FRANKFURTER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Aufgaben:	Vorträge zu Sicherheitsfragen in Heimen, Seniorenklubs und Krankenhäusern
besteht seit:	1996
ehrenamtliche Mitarbeiter/innen:	7
durchgeführte Veranstaltungen:	154
Teilnehmer:	3.675
ehrenamtliche Stunden 2004:	2.367
Förderung 2004:	Regierungspräsidium Darmstadt, Gesellschaft Bürger und Poli- zei, Altenhilfe der Frankfurter Rundschau

Das Projekt „Sicherheitsberatung für Senioren“, das 1996 auf Anregung der Frankfurter Polizei im Rahmen der Aktion „Gewalt Sehen und Helfen“ entstand, kann auch nach Ablauf des 9. Jahres seines Bestehens auf eine sehr erfolgreiche ehrenamtliche Arbeit zurückblicken.

Es wurden im Jahr 2004 154 Vorträge aus einem Angebot von 11 Themen, die sich mit Gewaltprävention, Unfallverhütung und Sicherheitstipps im Haushalt und im öffentlichen Raum, EU-Osterweiterung, Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Jugend und Senioren, Fragen der Gesundheit aber auch der Gesundheitspolitik befassen, in Altenklubs der Kirchengemeinden, der Arbeiterwohlfahrt, Gewerkschaften sowie verschiedenen Seniorenverbän-

den gehalten. Hierbei konnte festgestellt werden, dass die Themen zur Gewaltprävention wieder auf vermehrtes Interesse stoßen.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle des Präventionsrates der Stadt Frankfurt am Main zeigt sich auch in der Tatsache, dass die 5. Frankfurter Fachkonferenz Prävention am 10.11.2004 erneut im Institut für Sozialarbeit stattfand, bei der Probleme aber auch Trends, Tendenzen und Veränderungen der Präventionsarbeit behandelt wurden.

Die Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Frankfurter Polizei, so vor allem mit der Polizeilichen Beratungsstelle, gestaltet sich weiterhin sehr positiv. Von Polizeirevieren werden wir des Öfteren aufgefordert, gemeinsam oder in deren Auftrag Vorträge zu Präventionsthemen in Alteneinrichtungen zu halten.

Auch im Jahr 2004 betreute das Team der Sicherheitsberater die von der Altenhilfe der Frankfurter Rundschau für jeweils 300 ältere Bedürftige und zum Teil behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger durchgeführten Veranstaltungen, so eine Schiffsfahrt am 27.7.2004 nach Wiesbaden-Biebrich mit Besichtigung des dortigen Schlosses und am 22.12.2004 eine Weihnachtsfeier im Bürgerhaus Nordweststadt. Während dieser Veranstaltungen wurden die Mitarbeiter des Projekts immer wieder zu Fragen der Sicherheit angesprochen, so dass auch Einzelpersonen entsprechend beraten werden konnten.

*Für das Team der Sicherheitsberatung
Dietrich Warmbier, Peter Zimmermann*

AMT FÜR MULTIKULTURELLE ANGELEGENHEITEN (AmkA)



Beratungs- und Antidiskriminierungsarbeit steht im Mittelpunkt der Präventionsarbeit des AmkAs. Es gehört zur Tradition des AmkA, Ratsuchende, hierzu gehören sowohl Bürger/innen als auch Behörden, mit Beratung und Ratschlägen zu unterstützen.

Bei der Beratungstätigkeit gab es 2004 folgende Probleme:

- Viele Ratsuchende kommen oft, wenn es schon zu spät ist. Fristen werden nicht eingehalten. Diese erschwert die Beratungsarbeit.
- Bei der Darstellung von Problemen, vor allem bei Diskriminierungsmeldungen, neigen die Ratsuchenden dazu mehr über Punkte zu berichten, die ihnen bei der Vermittlungs- oder Ermittlungsarbeit Vorteile bringen sollen.
- In der Regel kommen Ratsuchende zum AmkA, wenn sich von irgendeiner Behörde oder Privateinrichtungen diskriminiert fühlen. Es gibt aber andere, die bevor sie irgendeinen Antrag bei irgendeiner Behörde stellen, uns kontaktieren. Sie erhoffen sich eine unbürokratische Bearbeitung ihrer Anträge. Diese Vorgehensweise ist in manchen Ländern sehr verbreitet. Mit „Beziehungen“ (Klientalismus) kann man viele Vorschriften bei Behörden umgehen. Viele übersehen dabei, dass es in Deutschland nicht so läuft. Man kann sich zwar über eine Rechtslage oder eine Vorschrift im Voraus informieren, jedoch nicht über die Ergebnisse der Prüfung der Akte im Voraus.

- Manche Ratsuchende sind verunsichert und geben nur mühsam und schrittweise nötige Informationen, die man für die Beratungsarbeit braucht. Dies erfordert eine sensible Vorgehensweise seitens des Beraters.

Manche Ratsuchende sind traumatisiert und haben deshalb zusätzliche Probleme, ihre Anliegen deutlich und klar zu schildern.

- Bei Diskriminierungsmeldungen erwarten manche Beschwerdeführer schnelle und parteiische Hilfe seitens des AmkA. Manche erwarten eine sofortige und harte Bestrafung der Beschuldigten. Diese Kategorie von Ratsuchenden hat Probleme, die Befugnisse und Möglichkeiten des AmkA zu verstehen. Oft sind sie enttäuscht und nehmen weitere Termine nicht mehr wahr.
- Manche Ratsuchende haben Probleme ihre Anfragen zuerst ein Mal telefonisch zu formulieren. Gründe dafür sind: a) Bei Vertrauensfragen haben sie Angst abgehört zu werden; b) bei einem Gespräch unter vier Augen erhoffen sie sich bessere Hilfe. Sie kommen oft deshalb unangemeldet zum AmkA. Dies erschwert oft die Terminierung der Beratung.

Wichtig war die **Durchführung der Infokampagne „Antidiskriminierungsarbeit“** (Verteilung der Materialien, Vorträge in Schulen, Fachhochschulen und andere Institutionen, Besuchergruppen usw., um die Bevölkerung umfassend zu informieren).

- Unmittelbar nach der Verabschiedung der Antidiskriminierungsrichtlinie (ADR) im September 2003 wurde sie in Form eines Faltblatts an alle Behörden und städtische Gesellschaften und an Multiplikatoren von Migrantinnen und Migranten verteilt. (Druck und Verteilung 2 mal 2.000 Exemplare)

Zur weiteren Bekanntmachung wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Die ADR wurde bereits im Frankfurter Stadtrecht (AGA) integriert.
- Die ADR wurde in den Nachrichten für die Stadtverwaltung Nr. 01/2004 veröffentlicht.
- Die ADR sowie die Broschüre zur Erläuterung der ADR wurde im Intranet der Stadt und auf der Internetseite des AmkA veröffentlicht
- Organisation einer Pressekonferenz am 15.04.2004 zum Thema

"Antidiskriminierungsarbeit" und "Stadtteilvermittlung" des Amt für multikulturelle Angelegenheiten als Antidiskriminierungsstelle der Stadt Frankfurt am Main. Die Pressekonferenz war mit 10 Vertreter/innen gut besucht, was eine große Resonanz aus verschiedenen Kommunen, Presse und Privatpersonen verursacht hat.

Die Informationskampagne „Gleiches Recht für alle“ Zusatz: "Fühlen Sie sich diskriminiert, wenden Sie sich an uns. Wir helfen Ihnen gerne", läuft seit dieser Pressekonferenz für eine unbestimmte Zeit.

- Plakate wurden bereits in mehrer Ämtern und Gesellschaften aufgehängt:

Weitere Materialien zur besseren Bekanntmachung und Erläuterung der ADR wurden gedruckt und verteilt:

- Broschüre: Erläuterung der ADR (5.000 Expl.)
- Plakat (1.500 Exemplare)
- Postkarten (in 7 Sprachen) (16.000 Exemplare)

Allein über die türkische Zeitung „Toplum“ wurden 10.000 Postkarten in türkischer Sprache verteilt.

Diese Materialien wurden zur weiteren Verteilung an alle städtischen Dienststellen mit Schreiben der Amtsleitung und des Stadtrates verschickt.

Darüber hinaus wurde auch im Jahr 2004 mehrere Gespräche mit Schüler/innen und Studenten/innen geführt. Weitere Vorträge zur Bekanntmachung der ADR wurden ebenfalls im Rahmen von Veranstaltungen seitens der Mitarbeiter des AmkA gehalten.

Zahlreiche positive Reaktionen zu ADR erreichten das AmkA bundesweit. Einige Städte planen bereits die Verabschiedung einer ähnlichen ADR. Weitere Anfragen zur ADR seitens der Medien, Wissenschaftlern und interessierten Personen erreichen uns regelmäßig.

- Zur weiteren Bekanntmachung der ADR und Sensibilisierung der Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung wurde ein Arbeitskreis mit den Namen "Antidiskriminierung" am 26.02.2004 gegründet. Teilnehmer dieses Arbeitskreises sind Vertreter/innen von städtischen Behörden. Die Feder-

führung übernimmt das Amt für multikulturelle Angelegenheiten

Die Informationskampagne zur ADR wird im Jahr 2005 fortgesetzt:

- Neben der Verbreitung der Materialien zur ADR bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Frankfurter städtischen Behörden, sind direkte Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen von Behörden mit Publikumsverkehr, vorgesehen. Ziel der Gespräche ist die Erläuterung der ADR und wie man die Zusammenarbeit zwischen AmkA und anderen Behörden verstärken kann. Ein erstes Gespräch wurde bereits im Ordnungsamt am 15. Dezember 2004 durchgeführt.
- Parallel dazu werden vor allem Migratinnen und Migranten durch Informationsveranstaltungen und direkte Kontakte mit Multiplikatoren, organisiert.
- Vorgesehen ist auch die ADR als Thema einer „Behörden-tagung“ zu behandeln
- Systematische Registrierung von Diskriminierungsmeldungen (Erstellung einer Datenbank).
- Ein Besuch in verschiedenen Ämtern mit dem Ziel zu prüfen, ob Plakate in den Warteräumen hängen.

Ergebnis:

Schon jetzt konnten Anhaltspunkte des Erfolgs aufgrund der Umsetzung der ADR verzeichnet werden. Die Zusammenarbeit bei der Vermittlung bzw. Ermittlungsarbeit des AmkA bei Diskriminierungsmeldungen mit den betroffenen Behörden wurde intensiviert.

Neu bei der Bearbeitung der Diskriminierungsmeldung ist, dass betroffene Behörden unangefordert bei einer Diskriminierungsmeldung das AmkA kontaktieren.

Trotz der Durchführung der Informationskampagne zur ADR seit April 2004 haben die Diskriminierungsmeldungen im Vergleich zum Jahr 2003 kaum zugenommen.

Vermutlich haben die aufgehängten Plakate in Behörden bei Mitarbeitern etwas bewirkt.

Zahlreiche Reaktionen im Rahmen der Kampagne, die das AmkA erreichen, sind in erster Linie von Behörden selbst, die sich für die Materialien der ADR (Plakate, Postkarten, Broschüre) interessieren. Diese Reaktion (Bestellungen von Materialien) beschränkt sich nicht nur auf Frankfurter städtische Behörden. Ca. 70 Bestellungen von Gemeinden und anderen Institutionen wurden nach dem Start der Informationskampagne im April 2004 im AmkA, registriert.

Eine detaillierte Auswertung der bisherigen Rückmeldungen im Rahmen der Kampagne ist allerdings zeitlich noch verfrüht!

Da die Informationskampagne auf Dauer ausgelegt ist, erhofft sich das AmkA langfristig gesehen, dass noch weniger Diskriminierungsmeldungen eingehen werden. Der Bedarf an Beratung wird allerdings auch in Zukunft bestehen bleiben. Denn man kann nie genug über verschiedene Rechtslagen informieren und bei Kommunikationsproblemen vermitteln!

Dr. Akli Kebaili

PRÄVENTION ÜBERREGIONAL

Regionalkonferenz Rhein Main – Sicherheit und Prävention

27 Städte und Landkreise der Rhein-Main-Region von Aschaffenburg bis Mainz arbeiten seit März 2004 auf dem Gebiet der Sicherheit und Kriminalprävention zusammen. Diese Regionalkonferenz unter Leitung von Landrat Peter Walter und Geschäftsführung von Frank Goldberg (Frankfurt) und Alexandra Barth (Mainz) wird kontinuierlich für einen Informations- und Erfahrungsaustausch unter den kriminalpräventiven Experten des Rhein-Main-Gebietes sorgen. Die Konferenz soll aber auch Hilfestellungen bei lokalen Problemen geben und Lösungen bei überregionalen Konflikten erarbeiten.

Während in der ersten Sitzung im März 2004 zahlreiche Projekte der Mitgliedsstädte vorgestellt wurden, hat sich die Konferenz am 16. November 2004 mit dem Schwerpunktthema Alcopops und der Verabschiedung des regionalen Alcopopsprogramms beschäftigt.

In einer Fachkonferenz „Graffiti“ am 14. Oktober 2004 wurden, unter Moderation von Polizeipräsident Heinrich Bernhard, zahlreiche Graffiti-Projekte anderer Städte wie Bielefeld, Münster und Köln den Mitgliedern kommunalpräventiver Gremien im Rhein-Main-Gebiet vorgestellt. Gemeinsam entwickelte man Standards zur ef-

fektiven Bekämpfung illegaler Graffitis und fasste diese in einem Eckpunktepapier zusammen. Dieses Eckpunktepapier dient den Städten und Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet als Orientierung für eine effektive Vandalismus- und Graffitibekämpfung.

2005 soll die Regionalkonferenz Rhein-Main Sicherheit und Prävention im Internet eingestellt werden und eine Fachtagung zu den Themen Jugendkriminalität und Öffentlichkeitsarbeit stattfinden.



